

Von der sozialistischen Frauenfrage zum sozialistischen Feminismus

Im Kontext unseres hiesigen Themas und angesichts der bisherigen Stellungnahmen der [Schöneberger](#), des [RSB](#) und von mir selbst (1, 2) zum Geschlechterverhältnis möchte ich ein längeres Zitat aus einem Aufsatz, den Frigga Haug 1981 in der Zeitschrift Argument (H. 129, 649-664) unter der Überschrift „Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung“ veröffentlichte, zur Diskussion stellen. Die fett gesetzten Zahlen in eckigen Klammern im Text bezeichnen den Beginn der jeweiligen Seite des Originaltextes.

[...] **[651]** [...] Für meine Analyse nehme ich mir jetzt die Politik des Sozialistischen Frauenbundes vor, in dem ich seit 1969 (damals hieß er noch Aktionsrat zur Befreiung der Frau) Mitglied bin. Diese Darstellung wird sehr (selbst-)kritisch und, um verständlicher zu sein, auch noch ein wenig überzeichnet. (Ich bitte die Frauenbundmitglieder, mir die Überzeichnung nachzusehen. Die Vereinfachung ist notwendig, um die von mir mit zu verantwortende Politik in ihrer Fragwürdigkeit darzustellen.) Ich führe also im folgenden nicht vor, was sozialistische Frauenpolitik sein soll, sondern, was wir gemacht haben.

Zurück ins Jahr 1969. Ich war Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und der Sozialismus galt uns als notwendige Gestalt von Freiheit und Emanzipation; die Abschaffung der Kapitalherrschaft, die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – das waren die Ziele, für die wir uns einsetzen wollten. Daß die Frauenfrage älter ist als der Kapitalismus, war uns klar. Daß die Arbeiterbewegung, die Parteien und Gewerkschaften, in denen sie sich organi- **[652]** satorisch äußert, die Frauenfrage nicht anständig vertraten, daß die Frauen selber nur ungenügend in diesen Organisationen vertreten waren und daher ihre Belange nicht durchsetzen konnten, ja, daß sie, soweit sie nicht Lohnarbeiter waren, gar nicht direkt zur Arbeiterbewegung gehören konnten – das alles bewegte uns, die wir uns zunächst nur »politisch« verstanden, uns zusätzlich in einer Frauenorganisation zu organisieren. Da wir die politischen Ziele nicht aufgeben wollten, mußte es eine *sozialistische Frauenorganisation* sein. Wie dachten wir den Zusammenhang von Sozialismus und Frauenfrage? Orientiert auf die politischen Organisationen, die unsere Interessen nicht vertraten, sahen wir unsere Hauptaufgabe in der Schulung der Frauen für die politischen Aufgaben, ihrer Befähigung, sich in Versammlungen zu Wort zu melden, Flugblätter zu schreiben usw., und in der Erarbeitung der Einsicht, daß sie sich zusätzlich zu ihrer Organisation in Frauengruppen »richtig politisch«, mindestens gewerkschaftlich, organisieren müßten. Wir hatten z.B. im Statut einen Paragraphen, der die zusätzliche Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verbindlich machte. Außerdem sahen wir unsere Aufgabe in der Agitation zur Berufstätigkeit, zur Befreiung aus ökonomischer Abhängigkeit. Die doppelte Aktivität, die wir so von allen Mitgliedern verlangten, die wirkliche Zerrissenheit

von offiziell-politischen und Frauenfragen, aktualisierte sich immer wieder in einer vollständigen Überlastung der Frauenorganisation wie aller einzelnen Mitglieder. Vietnam, Südafrika, das Hochschulrahmengesetz, atomare Aufrüstung, Frieden, die Notstandsgesetzgebung – zu allen Fragen mußten wir etwas tun, schließlich waren wir eine politische Frauenorganisation; aber wann sollten wir dann Frauenfragen behandeln, die unter dieser Elle gemessen immer nicht so dringend waren, nicht so notwendig, auch morgen erledigt werden konnten. Wir waren mehr belastet als je zuvor und taten weniger für die Frauenfrage als nötig. Rings um uns wuchs die sich autonom nennende, nicht-sozialistische Frauenbewegung, machte Großveranstaltungen zur »Hausgeburt«, zu »Selbsterfahrung« und »Selbstuntersuchung« – wir waren nicht dabei. Schließlich faßten wir den Beschluß, nur noch tätig zu sein in Frauenfragen als Frauenorganisation und außerdem – da wir ja eine sozialistische Gruppe waren – zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse. Im großen und ganzen befanden wir uns so um die Mitte der 70er Jahre auf dem Stand von Ottilie Bader, die 1908 folgende Auffassung vertrat: »Es braucht nicht länger Sonderorganisationen der Genossinnen zu geben, überall werden die Frauen der sozialdemokratischen Partei beitreten. Die gemeinsame Organisation schließt jedoch nicht aus, daß im Hinblick auf das verfolgte Ziel und unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse solche von den Genossinnen geschaffenen Einrichtungen erhalten bleiben, welche sich als ein treffliches Mittel bewährt haben, die weiblichen Parteimitglieder theoretisch zu schulen und unter den Massen der weiblichen Bevölkerung Mitarbeiterinnen für den politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats zu gewinnen und sie den Organisationen zuzuführen.« (zit. n. Niggemann, S. 70).

Am 1. Mai also wanderten wir mit unseren Transparenten zu Lohngleichheit, mehr Bildung für Frauen, mehr Chancengleichheit usw. Weil aber hier die Arbeiterklasse »an sich« marschierte, wurde uns niemals erlaubt, unser Organisationstransparent mitzuführen, und so machten wir mit unseren speziellen Forderungen zu Frauenfragen, Kindertagesstätten und so weiter nicht besonders viel her, waren vielmehr Anhängsel an die ernsteren Dinge, wie schon immer. Wen wundert es, daß nur wenige von uns in diesen Reihen gingen, die meisten, weil sie ohnehin Doppelmitglieder waren, die würdi- **[653]** geren Parolen trugen, die die Arbeiterklasse als Ganzes angingen. Wen wundert auch, daß der Frauenbund nicht größer wurde. Viele kamen zu uns, ebenso viele gingen, wenn sie eine Weile bei uns gelernt hatten, in die »erwachsenen«, »richtigen« Organisationen. Einige vertraten dort sogar Frauenforderungen. Warum faßten wir nicht als Kritik auf, daß die Frauen wieder auseinanderliefen? Weil wir der Auffassung waren, daß es gut sei, wenn sie uns verließen und in »politischen Organisationen« arbeiteten. Daß wir selber immer blieben, ich z.B., schien uns notwendig, weil doch Kontinuität da sein mußte und weil nicht genug getan wurde für die Frauen, wie immer.

Aus dieser Art von Politik ziehe ich den Schluß: Wir haben den Zusammenhang von Sozialismus und Frauenfrage im Grund als Nicht-Zusammenhang gedacht.

Wir suchten Fehler bei uns und wollten sie verbessern, damit wir Politik machen könnten. Aber wir hatten im Grunde der Annahme Glauben geschenkt, daß der Sozialismus zu erringen sei durch die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer und daß die Frauenfrage zwar nicht ausschließlich im Anschluß zu erledigen sei, auch nicht, daß sie sich automatisch erübrige; wohl meinten wir, daß man uns (mehr als die Hälfte der Bevölkerung) brauche bei der Befreiung, und wohl auch glaubten wir, daß die Veränderung der Verhältnisse selber die Veränderung der Personen, die Verwandlung von Menschen, die in privaten Verhältnissen großgeworden und befangen sind, bewirke.

Was wir uns aber nicht fragten und was wir nicht zu denken versuchten, war, daß auch die Politik einer Bewegung, die alle Verhältnisse von Herrschaft und Knechtschaft umstürzen will, eine andere sein muß, als eine, in der bloß ein Teil der Bevölkerung für den anderen recht und schlecht mitbestimmt, wie das auszusehen habe. Wir glaubten im Grund an den Ernst der richtigen Politik. Wo uns die Politik Spaß machte, – z.B. als wir am 1. Mai ein Plakat trugen, das hieß: »Alle sollen alles wissen«, und an den Rand gedrängt wurden und das Plakat verboten werden sollte – wo uns also die Politik Spaß machte, bekamen wir den Vorwurf des Kleinbürgerlichen, mit dem wir nie zurande kamen. [...]. Wir glaubten also zugleich an eine direkte Beziehung und glaubten auch, daß es richtig sei, [...], daß die Kräfte nicht auseinander gezogen werden dürften, daß wir also nicht vom ökonomischen Kampf Kräfte abziehen dürften für den Frauenkampf; daß es im Grunde also wieder richtig sei, erst das eine, dann das andere zu tun.

Daß wir den ökonomischen Kampf so ohne weiteres und so kritiklos als den allein politischen glaubten, ist – unabhängig von der Frauenfrage – umso verwunderlicher, als in der allgemeinen politischen Diskussion etwa die Frage des Zusammenhangs von Staat und Monopolen selbstverständlich diskutiert wurde. Wie aber kämpft man eigentlich gegen die Macht des Staates, wenn man sie im Einvernehmen mit den Monopolen glaubt, und wo befindet sie sich? Ist der Staat nicht z.B. Förderer der Familie und darin der Stellung der Frauen? Mischt er sich nicht ein in solche Frage wie Erziehung? Wieso haben wir unsere Politik dann nicht auf diese Bereiche gerichtet?

[654] *Die Kampagne gegen § 218*

Ich werde jetzt ein Beispiel für eine besonders unproduktive Politik von uns vorführen, welches uns doppelt beschämt – das Beispiel der Abtreibung. Sich anzusehen, wie wir den Kampf gegen den § 218 geführt haben, ist lehrreich, weil man hier zugleich studieren kann, daß die persönliche Betroffenheit allein kein ausreichender Ausgangspunkt ist. Bei uns führte er zur Lustlosigkeit in der Politik. Wie kam das? Daß wir die Kampagne um den § 218 als wirkliche Pflichtübung absolviert haben, werde ich zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen machen, in deren Verlauf ich unsere Politikform und unsere Gedankenführung so herausarbeiten möchte, daß ihre Fragwürdigkeit auf konstruktive Weise

überwindbar wird. Bei aller Kritik soll als Verdienst nicht unerwähnt bleiben, daß der Sozialistische Frauenbund mit dieser Kampagne, aus der letztlich innerhalb der Bundesrepublik die ganze neue Frauenbewegung hervorgegangen ist, begonnen hat. Die ersten Selbstanzeigen (»Auch ich habe abgetrieben«) im »Stern« waren von Mitgliedern des Frauenbundes – angestiftet von Alice Schwarzer, die die Kampagne aus Frankreich mitbrachte – aufgegeben. Ebenso organisierten wir die erste große Konferenz in Berlin, und unsere Vertreterin sprach beim Hearing im Parlament für die damals schon auf mehr als 40 Gruppen angewachsene Bewegung. Aber schon bald fanden wir uns in einer uns lähmenden Diskussion darüber, welches Bündnis wir eigentlich eingehen sollten bei dieser Frage. Die Bündnisfrage war deswegen aktuell, weil die SPD mit ihrer großen Massenorganisation sich diesem Kampf anschloß, aber nur dann, wenn wir die befristete Abschaffung des § 218 forderten. Wir aber waren radikal und forderten die ersatzlose Streichung. Uns stellte sich also die Frage: Wollen wir lieber die Massen und die befristete, oder wollen wir wenige bleiben und dafür die ersatzlose Streichung unkorruptierbar fordern? Die Alternative stellte uns vor das große Problem, mit der natürlich gewollten »Massenwirksamkeit« uns den Vorwurf des kleinbürgerlichen Reformismus einzuhandeln. Wir setzten uns hin und machten eine größere theoretische Analyse zu dem Gesamtkomplex und kamen darauf, daß das Recht auf den eigenen Körper, welches in der Frage um den § 218 steckt, im Grunde aufs private, bürgerliche Individuum abzielt, zwar notwendig ist als Kampflosung, doch nicht weiter als der Stand der Französischen Revolution von 1789, als die Bürger ihre Rechte als Individuen forderten. Als wir soweit gekommen waren, also feststellten, daß wir uns im Grunde auf dem Wege der bürgerlichen Revolution, des privaten bürgerlichen Individuums befanden, schlossen wir eine komplizierte zusätzliche Analyse an darüber, warum es im Kapitalismus dennoch fortschrittlich sein kann, für bürgerliche Individualforderungen zu kämpfen. Gegen die Übergriffe des Staates müsse das Recht des Einzelnen auch u.U. gegen die Gesellschaft geschützt werden, eben weil der Kapitalismus nicht der Sozialismus ist. Die Politik, die wir daraufhin machten, war – wie weiter oben gesagt – trotz wirklicher Betroffenheit, da es kaum eine Frau gibt, die nicht irgendwann einmal mit einer Abtreibung zu tun hat, – relativ phantasie- und lustlos, eine Pflichtübung mit dem Gefühl, die wirkliche Politik mal wieder zu verpassen.

Wege zum Sozialismus

Wie konnte dies geschehen? Ich denke nicht, daß die Frage, die wir uns stellten, von uns falsch beantwortet wurde und daß man sie anders hätte ableiten und analysieren müssen, sondern, daß wir uns die falschen Fragen stellten, daß die Analyse darüber, ob [655] diese oder jene Forderung, die wir haben, in sich selber schon sozialistisch ist oder uns ohne Umwege zum Sozialismus führt, verkehrt ist, weil sie uns handlungsunfähig macht.

Ich nehme jetzt einige – von mir erweiterte – Überlegungen auf, wie sie Sheila Rowbotham (1979, S. 125 ff.) für die Englische Abtreibungskampagne formulierte, um daran die Fruchtbarkeit anderer Politikformen einsichtig zu machen. Rowbotham fragt sich, welche Fragen stellen sich mit der Abtreibung, wie verändert sich das Bewußtsein im Kampf gegen die Abtreibung. Dabei hält sie sich überhaupt nicht mit irgendwelchen Analysen über die Rechtmäßigkeit einer Forderung nach dem Recht über den eigenen Körper auf, wie wir das gemacht haben, sondern begreift: Die Abtreibungsfrage führt uns

- zum Nachdenken über Fruchtbarkeit und Mutterschaft;
- zur allgemeinen Frage der sexuellen Herrschaft des Mannes über die Frau;
- zu Überlegungen über die Beziehungen der Menschen zu ihrem Körper, zur Bedeutung sexueller Lust;
- zu Gedanken über Gesetze und Parlament;
- über ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen;
- über ein umfassendes System der Kinderbetreuung;
- über die Macht des Staates in der Bevölkerungspolitik;
- über empfängnisverhütende Technologie und über Profite in der Pharmaindustrie und – so können wir jetzt weiter fortfahren –
- über die Rolle der Kirche und der Justiz im allgemeinen;
- über den Zusammenhang von Sexualität und Politik;
- über Familienpolitik und staatliche Haushalte;
- zur Rolle der Wissenschaft bei der Legitimierung von Herrschaft usw.

Praktisch läßt sich das gesamte System von einer anscheinend so persönlichen Frage, wie es die der Abtreibung ist, in seinen Zusammenhängen und Verknüpfungen vorführen. Man kann daraus lernen, daß es eine Vielfalt von Machtbeziehungen gibt und daß unser vorheriges ableitendes Denken eine Bewegung voraussetzte, die nur im Denken so stattfindet, nicht aber im Handeln der Menschen. Wir unterstellten *eine* Bewegung, wo *viele* Bewegungen sind. Die Vielfältigkeit der Macht- und Herrschaftsbeziehungen war vergessen. Die Frage kann also nicht heißen, ist dies oder das schon sozialistisch, sondern: Was verändert sich, was wird verändert, wie wird es gelebt, was hängt damit zusammen, wie sind in der Wirklichkeit die Positionen und Posten miteinander verknüpft? Dies Beispiel kann man gleichzeitig benutzen für die Frage des Zusammenhangs von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung und für die Frage nach der Art des Politikmachens, nach den Politikformen.

Zum Zusammenhang von Arbeiter- und Frauenbewegung – Vorschlag für eine sozialistische Frauenpolitik

Ich werde im folgenden einige Thesen formulieren, die, den Zusammenhang der beiden Bewegungen betonend, zugleich für eine Änderung sozialistischer Politik plädieren. Die Überlegungen sind noch nicht ganz ausgereift und zudem für diesen Anlaß etwas verkürzt dargestellt. Wirkliche Klarheit läßt sich ohnehin nur in

den tatsächlichen Kämpfen gewinnen. Für meine Ausführungen mache ich folgende, an dieser Stelle nicht noch einmal ausgeführte Voraussetzungen:

- [656] 1. daß die Macht der Männer über die Frauen, also die Frauenunterdrückung, älter ist als die Klassenunterdrückung und
2. daß die Sozialstruktur dieser Gesellschaft auf der Frauenunterdrückung basiert; unter Sozialstruktur verstehe ich das System der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung, die geschlechtsspezifische Zuweisung von Aufgaben der Reproduktion der Art (Familienaufgaben) und das System kultureller Werte und Normen (vgl. dazu Näheres bei Paramio);
3. daß in der Befreiung von der Ausbeutung durch das Kapital mit der Arbeiterklasse als historischem Subjekt die Frauenbefreiung nicht enthalten ist;
4. daß die Versuche, die Frauenfrage dennoch in das Programm des Klassenkampfes aufzunehmen, zu lustlosen Verkrampfungen führen, zu einer Rangliste von Wichtigem und Unwichtigem und einem künstlichen Zusammenhang von Konjunktur und Frauenbefreiung (ich meine hier die wirtschaftliche Konjunktur und die Einstellung, daß wir uns in Krisenzeiten einen solchen Luxus wie Frauenforderungen nicht erlauben können, sondern wir in der Hauptsache zusammenstehen müssen);
5. setze ich voraus, daß Versuche von Teilen der Frauenbewegung, die kapitalistische Ausbeutung *direkt* mit der Frauenunterdrückung zusammenzubringen, fruchtlose Gedankenspiele sind, die die Köpfe mit komplizierten Produktionen beschäftigen können (wie die Zusammenbindung von Kapital und Hausarbeit), praktisch aber alles beim Alten lassen. Zusätzlich möchte ich als Schlußfolgerung aus dem Abtreibungsbeispiel in die Überlegungen folgende Behauptung einbeziehen: Eine allgemeine Politik, die — wie wir sie bisher verstanden — den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der vorwiegend männlichen Arbeiter auf eine Weise in den Mittelpunkt rückt, daß andere Unterdrückungsfragen wie die Frauenfrage bestenfalls hinten an einen Forderungskatalog angehängt werden, ist fragwürdig. Dies nicht allein deswegen, weil sie die Hälfte der Menschheit einzubeziehen vergißt, sondern weil sie, unter der Behauptung, Herrschaft an sich abzuschaffen, nicht alle Machtbeziehungen angeht und weil sie also in dieser Weise abstrakt und nicht konkret ist, nicht wirklich in das Glück oder Unglück der Menschen eingreift, Paramio ist sogar der Ansicht, daß z.B. die Politikfähigkeit der Gewerkschaften in den westlichen Industrieländern davon abhängt, ob sie die Forderung nach gleicher Bezahlung von Mann und Frau als unabdingbare und erste Forderung durchzusetzen bereit sind. Die eingangs formulierte Frage nach der fehlenden Anziehungskraft der Arbeiterorganisationen für die neuen sozialen Bewegungen, bzw. die in ihnen sich zusammenfindenden Menschen, die von mir untersucht wurde auch als ein Problem der Unmöglichkeit, die Forderungen dieser Bewegungen in eine Politik herkömmlichen Stils zu integrieren, verlangt zu ihrer Beantwortung jetzt: nicht nur einen Vorschlag für eine Frauenpolitik zu machen, sondern zugleich etwas in der allgemeinen Politik zu problematisieren. Ich nenne dieses: ihre Abstraktheit.

Das Persönliche ist das Politische

Für den Versuch, die Abstraktheit in der Politik zu überwinden, stelle ich zunächst die Hauptthese dar, mit der die neue Frauenbewegung in die Geschichte eingetreten ist: das Persönliche ist politisch. Diese Parole – auch als das Statut der Frauenbewegung bezeichnet – kennt sicher jeder; ihre Nützlichkeit beim Politikmachen wird von den »wirklich politischen« Menschen allzuoft mit Blick auf die mißbräuchliche Ausle- **[537]** gung übersehen. Die Berechtigung eines solchen Satzes liegt meines Erachtens auf drei Ebenen:

1. Das, was als persönlich, als Privatsphäre gilt, ist mit Macht und Herrschaftslegitimation so verbunden, daß es Nährboden ist für die Beibehaltung der übrigen gesellschaftspolitischen Machtstrukturen.

2. Die Abtrennung der Sphären voneinander, von Politik und Privatsphäre, ist selber eine Art von Machtausübung, deren Resultat z.B. die Existenz von Berufspolitikern ist, eine Arbeitsteilung, die es schon technisch verunmöglicht, daß wir aus der Privatsphäre umstandslos hinaustreten in die allgemeine Politik.

3. Herrschaft, wegen deren Abschaffung die Gesellschaftsveränderung auf dem Programm steht, muß auch im persönlichen Erleben aufgespürt werden, nur so kann ein radikaler, massenhafter und engagierter Kampf geführt werden, nur so können die eigenen Lebensbedingungen umgestaltet werden.

(Neben diesen drei Auffassungen über den Satz, daß das Persönliche, Private das Politische sei, gibt es ein praktisch verbreitetes Mißverständnis, das diese These selber in Mißkredit gebracht hat. Es ist die bequeme Interpretation, man könne einfach so bleiben, wie man ist, und wo immer man privat zusammenhocke, sei dies schon politische Tat. Das ist sicher unsinnig.)

Mit den drei oben genannten Bedeutungen konnte die Frau als politisches Subjekt in die Geschichte eintreten. Aber die Gültigkeit einer solchen These erstreckt sich notwendig zugleich auf die gesamte Politik. Kritisch ließe sich behaupten, daß alle Politik, die solche Grundannahmen nicht beachtet, stillschweigend voraussetzt, daß die Männer, die sie machen, selber nur öffentliche Personen und nicht auch Menschen mit persönlichen Bereichen wären, die in ihr Politikmachen eingreifen, auf die ihre Politik zurückwirkt. (Über den Zusammenstoß zwischen dieser feministischen Weise des Politikmachens und der herkömmlichen Verordnung von bestimmten für nützlich erachteten Aktionen berichtet Jane Jenson sehr eindrücklich. Ihre Geschichte einer Frauengruppe der Kommunistischen Partei in einem Pariser Arrondissement ist lehrreich. Ihre Stärke liegt in der Ausführlichkeit, mit der auf die Nuancen im Politikmachen hingewiesen wird. Da geht es z.B. um die Frage, welche Frauenbücher man auf dem Büchertisch verkaufen darf, deren Beantwortung die vorgeordneten Männer den Frauen abnehmen wollten. [...]. Die Frauenkommission wollte [...] eine Politik, »in der die Frauen für die Veränderungen in ihren Leben verantwortlich wären und das, was sie verbessern wollten, nicht den Definitionsversuchen von Politikern und Parteien überlassen bliebe« (ebenda [Jenson, S. 140]).

[658] *Die Überlagerung von Herrschaftsstrukturen*

Für die Zuspitzung zum Politikvorschlag fasse ich die bisherigen Ergebnisse zusammen. Gesucht war der Zusammenhang von Arbeiter- und Frauenbewegung. Der Befreiungskampf der Arbeiterbewegung gilt der kapitalistischen Ausbeutung, ist also ein wesentlich ökonomischer Kampf, der im Kapitalismus alltäglich um den Lohn und um die Arbeitsbedingungen konkretisiert wird und übergreifend eine nicht nach Profitgesichtspunkten geregelte Produktion und dementsprechend andere als Tausch- und Konkurrenzbeziehungen unter den Menschen anzielt. Die Frauenforderungen verlangen eine andere Strukturierung der Bereiche. Der Versuch, die Elemente voneinander abzuleiten, führt zu reduktionistischen Lösungen, die sich nicht als tragfähig erwiesen haben, wie [...] die Behauptung, die Privatheit der Reproduktion der Arbeiterklasse sei kapitalnotwendig. Hier sind die nordischen Länder auf dem besten Wege, große Teile des Reproduktionsbereichs zu vergesellschaften (auch bei uns nimmt Fertigungskosten, Kantinenessen, usw. als weitere Quelle des Profits stetig zu), ohne daß sie damit aufhören, kapitalistisch zu sein. Arbeiterbewegung und Frauenbewegung sind nicht auseinander ableitbar, keine der beiden Bewegungen ist auf die andere reduzierbar. (Es käme sowieso keiner auf die Idee, die Arbeiterbewegung aus der Frauenfrage abzuleiten, während die umgekehrte Reduktion gang und gäbe ist.) Die Zumutung, dennoch einen Zusammenhang zu denken, wird vergrößert, besinnt man sich, daß ja die Frauenfrage ohnedies viel älter ist als der Kapitalismus und mit ihm die Arbeiterfrage. Gibt es einen nicht-reduktionistischen Weg, eine Verknüpfung zu denken? Untersuchen wir, ob und wie die unterschiedlichen Fesseln, aus denen sich Arbeiter und Frauen befreien wollen, zusammengeschmiedet sind. Der Zusammenhang der beiden Bewegungen muß darin gesucht werden, wie sich die beiden Unterdrückungen praktisch aufeinander beziehen, wie die Herrschaftselemente zusammenwirken. Dieses geschieht in jeder Gesellschaftsformation anders und neu. [...].

Diese Zusammenarbeit der Machtstrukturen zu untersuchen, ist ganz einfach, solange sie den Klassengegensätzen folgen; sobald also die ökonomische Klassenposition mit der Mann/Frau-Position übereinstimmt, der klassenmäßig Obere demnach der Mann ist und die klassenmäßig Untere die Frau. Bei diesem Zusammentreffen der beiden Mächte geschieht eine Brutalisierung beider, so wenn der Unternehmer seine weiblichen Lehrlinge zu Liebediensten verpflichtet, der Chef seine Sekretärinnen, der Hausherr das Dienstmädchen usw. (Paramio führt aus, daß im umgekehrten Fall die männlichen Lohnarbeiter ihre vorgeordnete Chefin zu vergewaltigen suchen oder mindestens davon zu träumen, um »ihr zu zeigen, daß sie doch bloß eine Frau ist«, wie mir ein be- [659] freundete! Arbeiter auf mein zweifelndes Fragen, ob denn das so richtig sein könne, bestätigte.) [...]. Schwieriger aber (und noch ganz unbearbeitet) sind die alltäglichen Überlagerungen und Verschränkungen der unterschiedlichen Herrschaftsstrukturen. Sie zu untersuchen im gewerkschaftlichen Kampf, in

traditionellen politischen Organisationen, am Arbeitsplatz und in allen alltäglichen Situationen ist eine vordringliche Aufgabe sozialistischer Frauenorganisationen, weil die Zusammenarbeit von Frauenunterdrückung und ökonomischer Ausbeutung den Kampf auf beiden Seiten lähmt. Ich werde dazu einige Beispiele vorführen. Sie sollen zugleich belegen, daß die herkömmliche Politik der Arbeiterbewegung sich selbst schwächt, wenn sie die Frauenfrage nicht einbezieht, eben weil die Machtstrukturen ineinander verschränkt sind, aufeinander aufbauen. Nehmen wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Seine erste Schwächung geschieht durch seine scheinbare Stärkung: durch die Herausnahme der Frauen aus dem Anspruch auf einen Arbeitsplatz. Das geschieht durch die Ideologie des männlichen Verdieners, die ja eine reale Praxis darstellt – der Mann verdient mehr als die Frau —; das geschieht durch die z.B. auch in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Gedanken, Frauenarbeit sei in strengen Zeiten ein Luxus, das Erste, worauf wir verzichten könnten, Hauptsache, die Männer haben wenigstens Arbeitsplätze. Diese Einstellungen schlagen sich nieder im Forderungskatalog der Gewerkschaften und lassen zu, daß die Arbeitenden nach Geschlecht gegeneinander ausgespielt werden, was beide Teile schwächt.

Zugespitzt erleben wir ein solches Vorgehen im Falle der Automatisierung. Ich stelle das Zusammenwirken von Frauenunterdrückung und ökonomischer Ausbeutung am Beispiel der Druckindustrie vor, obwohl gerade dieser Bereich emotional so stark besetzt ist, daß ein Abwägen der Argumente schwerfallen wird. Es geht um die Einführung des Fotosatzes, Jeder weiß inzwischen, daß der Kampf gegen den Fotosatz, der aus den männlichen, hochqualifizierten Schriftsetzern über Nacht weibliche Setzerinnen machte, verloren wurde. Der Fotosatz hat sich durchgesetzt, ebenso wie die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte, zusammen mit der wiedereingeführten Heimarbeit, dem Stücklohn, ungesicherter Beschäftigungslage usw. Ich möchte behaupten, daß einige Elemente aus dem Setzerbeispiel für alle Automationsarbeit verallgemeinerbar sind und also in ähnlicher Weise die Trumpfkarten von den vorurteilsvollen und unvorbereiteten Gewerkschaftern an die Unternehmer fallen, die dann ihre Bedingungen ohne viel Aufhebens diktieren können. Da ist zunächst die Einschätzung, was eigentlich qualifizierte Arbeit ist. Sie ist männlich und körperlich. Wo sie von Frauen verrichtet werden kann, muß sie unqualifiziert sein, denn Frauenarbeit gilt als Synonym für un- **[660]** qualifizierte Arbeit. Daß die Unternehmer zunächst damit auftraten, daß sie Sekretärinnen (Tippsen) einzustellen gedachten für den Fotosatz, mußte schon deshalb wie ein lähmender Schock wirken, weil die Frauen fürs qualifizierte Schriftsetzen seit Jahrhunderten für ungeeignet gehalten wurden. Von seiten der Gewerkschaft folgte keine Auseinandersetzung mit den wirklichen Anforderungen beim Fotosatz, noch mit den neuen Möglichkeiten der Beherrschung der Computer und daraus abgeleiteten Ausbildungsforderungen. Stattdessen wurden Sozialabkommen getroffen, Sperrern, die das Einstellen von Frauen zunächst verboten. Die alten Setzer wurden ohne weitere Schulung an die neuen Maschinen gestellt, deren

Beherrschung (leichte Frauenarbeit) man ja gar nicht lernen mußte. (Bürger berichtet eindrücklich von der im Gefolge solcher Politik anarchisch zerfallenden Solidarität der zuvor gut organisierten Arbeiter in einer Druckerei, die sich die nötigen Qualifikationen heimlich aneigneten und mit den Unternehmern einzeln Sonderabkommen schlossen.) Die allgemeine Kampagne über eine drohende Dequalifizierung, die die Automatisierung begleitete, konnte noch auf eine weitere Verunsicherung der Arbeitenden bauen. Die Arbeit wurde nicht nur weiblich, sondern auch Kopfarbeit. Diese doppelte Schmach für einen männlichen Facharbeiter konnten sich die Unternehmer zunutzemachen und die Arbeitsbedingungen für die nachrückenden weiblichen Setzerinnen nach Gutdünken diktieren. Der persönliche Verschleiß auf beiden Seiten der Geschlechter, der den Unternehmern den Sieg in die Tasche spielte, wäre bei gemeinsamem Kampf und bei geringerer Borniertheit gegenüber weiblicher Arbeit sicher weniger groß gewesen.

Auch der Kampf um den Lohn ist nicht unabhängig von der Beziehung der Geschlechter, hängt z.B. mit der Familienstruktur zusammen: daß Arbeiter nicht radikal streiken können, weil sie für die Familien verantwortlich sind, ist bekannt; daß sie den gleichen Lohn für Frauen nicht durchsetzen, weil sie selbst die Hauptverdiener sind, liegt nahe; und daß die Frauen an der Front »gleicher Lohn« nicht offensiv kämpfen, weil sie ideologisch in die herrschenden Werte von Familie und Mutterschaft verstrickt sind, ist wahrscheinlich; ob die einzelnen Arbeitergruppen sich gegeneinander ausspielen lassen, weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik die natürliche Über- und Unterordnung in qualifizierte und unqualifizierte, leichte und schwere Arbeit glaubhaft und wirksam macht und weil von daher von Einheit der Arbeiterklasse nicht die Rede sein kann, ist ein weiteres Feld für eine empirische Untersuchung. (In einem Arbeitskreis im Rahmen der Westberliner Volksuni »Tägliche Siege und Niederlagen« – Tagebücher von Gewerkschafterinnen, versuchen Betriebsrätinnen, Vertrauensfrauen, Gewerkschafterinnen unter dieser Fragestellung jetzt die Geschichte ihrer täglichen politischen Arbeit aufzuarbeiten.) Stattdessen gibt es Privilegien für Männer, sekundäre Ausbeutung, Bestechung, Indienstnahme der privaten Strukturen für den Pakt mit dem Boß, den Herr-im-Haus-Standpunkt, das Einverständnis damit, wer verantwortlich ist und wer nicht, die Art des Selbstbewußtseins in Abgrenzung gegen untere, die in den Familien eingeübt wird, und umgekehrt die Selbstbescheidung von selten der Frauen (vgl. dazu die Geschichte über ein Rentnerhepaar, in: *Frauenformen*, S. 51 ff.). Besonders deutlich analysiert Willis, wie Männlichkeit mit körperlich schwerer Arbeit zusammengedacht wird und von daher an der »Männlichkeitsbejahung« die freiwillige Einordnung in untergeordnete Lohnarbeit hängt.

Das Bewußtsein der Arbeiter ist also nicht einfach fortschrittlich oder reaktionär, sondern beides (vgl. dazu meinen Bericht vom Kongreß des Ingenieurvereins, in *Argument* 127, S. 416 ff.). Unsere Handlungsfähigkeit hängt ab vom Wissen um die konkrete Verbindung, die die verschiedenen Machtstrukturen

miteinander eingehen. Die Abgrenzung der Kämpfe und Bereiche in »ökonomische« und »private« verhindert die Sicht auf die wechselseitige Unterstützung. So wird der allein »ökonomische« Kampf weitgehend unwirksam, weil er den ideologisch strukturierten Konflikt der durch gesellschaftlich gültige Werte geprägten Verhaltensweisen nicht berücksichtigt und die Probleme der geschlechtsspezifischen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht einbezieht. Umgekehrt ist der Kampf, der sich ausschließlich auf die Mann-Frau-Unterdrückung beschränkt, nicht wirksam, weil er die wirkliche Unterstützung der Männermacht durch die ökonomischen Verhältnisse – das Ineinanderwirken von Macht – nicht beachtet.

Aus der Schwierigkeit, die Kämpfe getrennt zu führen, folgt meines Erachtens nicht, daß das arbeitsteilige Sich-Auflehnen gegen Unterdrückung durch bloßes Aneinanderfügen der Bewegungen, durch wechselseitige Unterstützung ergänzt werden müsse. Drei Gründe sprechen gegen die Möglichkeit, daß in die Politik der Arbeiterbewegung die Forderungen der Frauenbewegung so umstandslos integriert werden könnten:

1. Weil die Kämpfe gegen die Ausbeutung durch das Kapital, die Geschichte der Produktionskämpfe und die Geschichte der Arbeiterbewegung eine Geschichte männlich bestimmter gesellschaftlicher Produktion ist und weil von daher – wie schon ausgeführt – die Frauenforderungen immer zweitrangig angehängt, unter »ferner liefen«, rangieren;
2. weil die Männer auch Nutznießer der Frauenunterdrückung sind (in einem männlichen Lebensplan kommt z.B. die Aufgabe der Kindererziehung als Lebenszeit in der Regel auch dann nicht vor, wenn ein Mann Kinder haben will), auch dann, wenn es eben diese Machtstruktur ist, die sie von konsequenten Kämpfen gegen die Ausbeutung abhält, korrumpierbar, spaltbar und bestechlich macht;
3. weil die vorherrschende Politikform der Stellvertretung – durch andere, die für mich die Politik machen, andere, die für mich die Bedingungen verändern, die Vorsorge treffen, die für mich die Forderungen stellen – für die Frauenbewegung ganz und gar unannehmbar ist. Mit ihrer Forderung, das Private, Persönliche sei das Politische, bringt sie zugleich eine andere Politikform, mit der die Frauen die politische Bühne betreten, indem jede einzelne politisch wird. Frauenbewegung meint eine Aktivität, die alle ergreift, und eben darin beruht ihre Durchsetzungsfähigkeit. (Deswegen ist auch die Lösung einer Frauenpartei über Delegationsprinzip keine Lösung.)

Autonome Sozialistische Frauenorganisationen

Was ist dann mit den sozialistischen Frauenorganisationen, deren Politik ich am Anfang so kritisch dargestellt habe? Wie soll sich deren Politik verändern bzw. welche Politikform könnte die ihre sein? Betrachten wir ein letztes Mal die spezifischen Bereiche, in denen Frauenunterdrückung gesellschaftlich erkennbar

wird. Oben habe ich behauptet, die Sozialstruktur sei auf Frauenunterdrückung aufgebaut. Das bezieht sich im wesentlichen auf zwei Bereiche, nämlich auf das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsstruktur), auf die geschlechtsspezifische Zuweisung von Familienaufgaben (Kindererziehung, Beziehung überhaupt) und auf den Bereich der Ideologie, der Werte, des Bewußtseins, der Wissenschaft. In diesen Bereichen gibt es überall Verschränkungen der Machtstrukturen, wird Widerstand nötig sein und Reorganisation. Die Kämpfe der bisherigen, autonom sich nennenden Frauenbewegung beziehen sich auf die Werte, Vorbilder, Tabus, Vorurteile, Gewohnheiten, zwischenmenschliche sexuelle und geistige Praxen. Sie sind in dieser Weise kulturelle Kämpfe, Versuche, eine andere Kultur zu entdecken und andere Wertvorstellungen. Außerdem wird versucht, bisherige Staatsfunktionen zurück in die Gesellschaft zu nehmen durch Übernahme von Dienstleistungen in Selbsthilfegruppen, z.B. Frauenhäuser, Gesundheitsläden usw. Diese Aktionen sind zugleich gegen staatliche Kontrolle gerichtet und stellen Modelle eines anderen Umgangs miteinander dar. Wieder an anderer Stelle in der autonomen Frauenbewegung wird versucht, Männergeschichte und Männerwissenschaft umzuschreiben, die nichtbearbeiteten Felder, die vergessenen Bereiche, die nichtgelebten Alternativen oder die verborgen gelebten zu entdecken und lebbar zu machen. (Diese Arbeitsweise wird sehr eindrücklich in dem Vortrag von Dorothee Sölle deutlich.) Führt man sich diese Aktionen und Arbeiten vor Augen, wird einsichtig: Es kann kaum darum gehen, diese Kämpfe zugunsten eindeutig sozialistischer zu unterlassen, und auch nicht darum, daß sozialistische Gruppen versuchen sollten, diese Aktionsfelder zu bestimmen. Ebenso wäre es ein Mißverständnis, die Kritik an der Politik der »sozialistischen Frauen« und den Bericht über die feministischen Aktivitäten als Aufforderung zu verstehen, die zu den genannten vielfältigen kulturellen Aktionen gehörenden Alternativen wie etwa die Forderungen nach mehr staatlichen sozialen Leistungen, die Kämpfe um Lohn, Lebensstandard, Arbeitsbedingungen usw. zu stornieren. Es gibt keine absolute Lösung. Alle Kämpfe sind mehrfach bestimmt. Statt der Universallösung gibt es viele Lösungsformen, die zusammenzubinden sind, statt des einen historischen Subjekts ist ein vielstimmiges zu bilden. Die verschiedenen Widerstandsformen unter eine Frage zu zwingen, wäre steril. Gelingt es, sie zusammenzubinden, ist der Widerstand desto stärker, je vielfältiger seine einzelnen Formen sind. Der Gedanke, daß eine politische Bewegung konzentriert auf einer Linie arbeiten muß, sonst geschwächt ist, unterschätzt die Vielfältigkeit und Zerstreutheit der Herrschaft auf viele Punkte, den Systemcharakter. Der sozialistische Teil der Frauenbewegung, die autonomen sozialistischen Frauenorganisationen geben eine konstruktive Antwort auf das Problem des Auseinander von Frauen- und Arbeiterbewegung. Der in ihnen gelebte Zusammenhang von Sozialismus und Feminismus ist geeignet, jene Forschung voranzutreiben, die das Zusammenwirken der Machtstrukturen, der ökonomisch-politischen und der patriarchalischen, untersucht. Dabei taucht die Frage nach den angeblich

fehlenden Arbeiterfrauen in der Frauenbewegung zum ersten Mal in einem völlig anderen Licht auf: nicht mehr nostalgisch und nicht mehr mit schlechtem Gewissen gedenkt man ihrer, auch nicht wollen jetzt Frauen für andere Frauen die Bedingungen ändern. Vielmehr haben in solcher Forschung die Arbeiterinnen eine Schlüsselstellung als forschende Subjekte. Ihre Erfahrungen sind wichtig für die Erforschung der verschränkten Machtstrukturen. So treten sie nicht auf als Frauen, die man glücklich auf die zwei Hauptsachen der reformistischen Arbeiterbewegung reduzieren kann – nämlich Lohn und Arbeitsbedingungen –, sondern auch sie treten in die Geschichte als forschende Subjekte, aufrecht, nicht als Objekte der Geschichtsschreibung. Forschung kann kaum die einzige Politik sozialistischer Frauenorganisationen sein. Aber auch hier, denke ich, sollten wir endlich ernst nehmen, daß der Sozialismus wissenschaftlich ist oder nicht ist und dies auch übertragen auf unsere tägliche Politik. Allerdings muß auch das Verständnis von Wissenschaft in die Veränderung einbezogen **[663]** werden. Es kann nicht allein darum gehen, die allgemeinen Strukturen unserer Gesellschaftsformation zu kennen und darin eine immergleiche Politik durchzusetzen. Stattdessen müssen vor jeder Aktion die Krafffelder genau studiert werden. Die Felder, in denen wir Politik machen, sind ja keineswegs unverändert und einseitig bestimmt. Gerade die Aktionen der Feministinnen verschieben im Fall von Frauenpolitik die Kräfte unaufhörlich und verändern so die Bedingungen, in denen wir uns bewegen. [...].

[664] Insgesamt sehe ich eine Chance für die autonomen sozialistischen Frauenorganisationen darin, daß sie die feministische Radikalität und Respektlosigkeit mit der sozialistischen Perspektive verbinden; daß sie eine Politik »von unten« mit einem hohen Maß an Verbindlichkeit leben können und daß sie eigene Spontaneität verknüpfen mit der Verantwortung, die kollektiven Erfahrungen zu sammeln und aus ihnen und mit ihnen neue Politik zu entwickeln. Dabei können sie die Unbescheidenheit der autonomen Organisation verbinden mit der Einsicht, daß sie sich in alle Politik einmischen müssen.

Literaturverzeichnis

[...] *Bürger, H.*; Einsatz der neuen Technik in der Text- und Datenerfassung und -Verarbeitung. Betriebliche Erfahrungen und Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Bielefeld 1978. Projekt »Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung«, Arbeitsmaterialien Nr. 2

[...] *Haug, Frigga (Hrsg.)*: Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Argument-Sonderband AS 45, Berlin 1980

Haug, Frigga; Welche Bedürfnisse steuern die technische Entwicklung? Kongreßbericht in *Das Argument* 127, 1981, S. 416 ff.

Jenson, Jane: [The French Communist Party and Feminism](#). In: The Socialist Register 1980, London 1980 [*link* zum Artikel hinzugefügt, DGS/TaP]

[...] *Niggemann, Heinz*: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus, Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981

Paramio, Ludolfo: Feminismo y Socialismo: Raices De Una Relacion Infeliz. Quelle wie Bonacchi [Vortrag auf dem Kongreß »Die neuen sozialen Bewegungen und die heutige Politiktheorie« in Oaxaca, Mexico, April 1981 (erscheint in »Internationale Sozialismuskonversation 2«, Argument-Sonderband AS 78, Berlin 1982)]

Projekt Automation und Qualifikation: Automationsarbeit – Empirie 1-3; Argument-Sonderbände, AS 43, AS 55, AS 67, Berlin 1980 und 1981

Rowbotham, Sheila, Lynne Segal und Hilary Wainwright: Beyond The Fragments. Feminism and the Making of Socialism. Merlin Press, London 1979, ³1980

Rowbotham, Sheila: Nach dem Scherbenegericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin 1981

[...] *Sölle, Dorothee*: Vater und Mutter unser im Himmel (in diesem Heft)

Willis, Paul: Spaß am Widerstand, Gggenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M. 1979